

Regionale Armut | 28.08.2014 | Lesezeit 3 Min.

Die Kraft der Einkommen

Geht es nur nach den Einkommen, zeigen Deutschlands Armutsquoten ein starkes West-Ost-Gefälle. Berücksichtigt man aber, dass die Preise regional variieren, kommen ganz andere Muster zustande.

Dass man mit 870 Euro in Rumänien oder Bulgarien wesentlich weiter kommt als in Deutschland, ist wohl klar. Denn mit 870 Euro im Monat – das ist der aktuelle bundesweite Schwellenwert für Einkommensarmut – gilt man in den beiden ärmsten EU-Ländern zum einen nicht als arm und zum anderen kosten die Dinge des täglichen Lebens dort wesentlich weniger als hierzulande. Weniger bekannt ist, dass es auch innerhalb Deutschlands relativ große Preisspannen gibt:

In den Großstädten sind die Preise um mehr als 6 Prozent höher als in ländlichen Gebieten und in Ostdeutschland um 7 Prozent niedriger als in Westdeutschland.

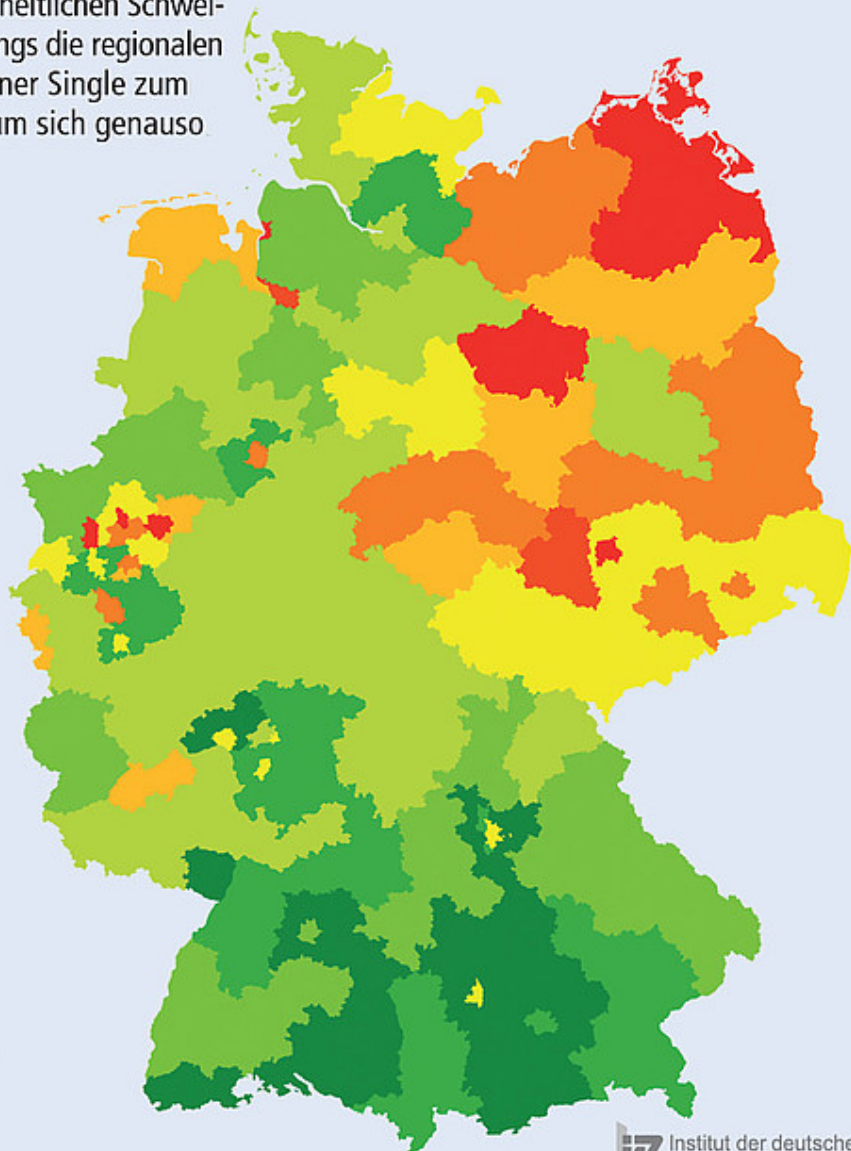
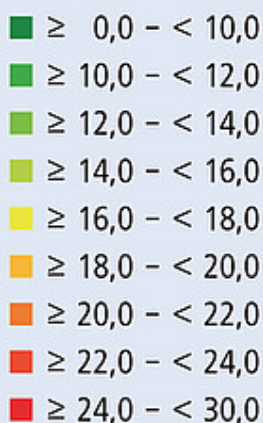
Bei der Diskussion um die Einkommensarmut spielt die unterschiedliche Kaufkraft bisher keine Rolle. Egal, wo man wohnt: Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens hat (Kasten). Das IW Köln hat nun erstmals die regionalen Preisniveaus berücksichtigt und damit die üblichen Armutsquoten um die Kaufkraftarmutsquoten ergänzt.

Regionale Armut nach Einkommen

Nach den Daten des Statistischen Bundesamts gilt ein Alleinstehender derzeit als relativ einkommensarm, wenn er weniger als 870 Euro im Monat zur Verfügung hat. Dies ist der bundesdeutsche Durchschnittswert. Für ein Paar mit zwei kleinen Kindern liegt der Schwellenwert bei 1.830 Euro, für Paare ohne Kinder bei 1.300 Euro und für Alleinstehende mit einem Kind bei 1.130 Euro. Die bundesweit einheitlichen Schwellenwerte unterschlagen allerdings die regionalen Preisunterschiede. Ein Münchner Single zum Beispiel braucht 1.030 Euro, um sich genauso

viel leisten zu können wie ein Durchschnittsdeutscher an der Einkommensarmutsschwelle von 870 Euro. Einem Alleinstehenden aus Stendal dagegen reichen dafür schon 800 Euro. Mit anderen Worten: Ein Stendaler mit 850 Euro wird als Einkommensarmer gezählt, obwohl er sich mehr leisten kann als ein Münchner mit 1.000 Euro, der wiederum nicht als einkommensarm gilt.

So viel Prozent der Bevölkerung in diesen Regionen erreichen maximal 60 Prozent des mittleren Einkommens



Ursprungsdaten: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW/Medien · iwd 35

1. **Die Einkommensarmutsquoten** teilen Deutschland nach wie vor in zwei Hälften: In den meisten westdeutschen Regionen stehen die Ampeln auf Grün (Grafik), die Quoten erreichen selten Werte von mehr als 16 Prozent. Der Osten

dagegen ist überwiegend orange bis rot, die Armutsquoten liegen in den meisten Regionen um die 20 Prozent oder höher.

1. **Die Kaufkraftarmutsquoten** zeigen dagegen, dass Ost und West unter Berücksichtigung der Preisunterschiede gar nicht so weit auseinanderliegen (Grafik):

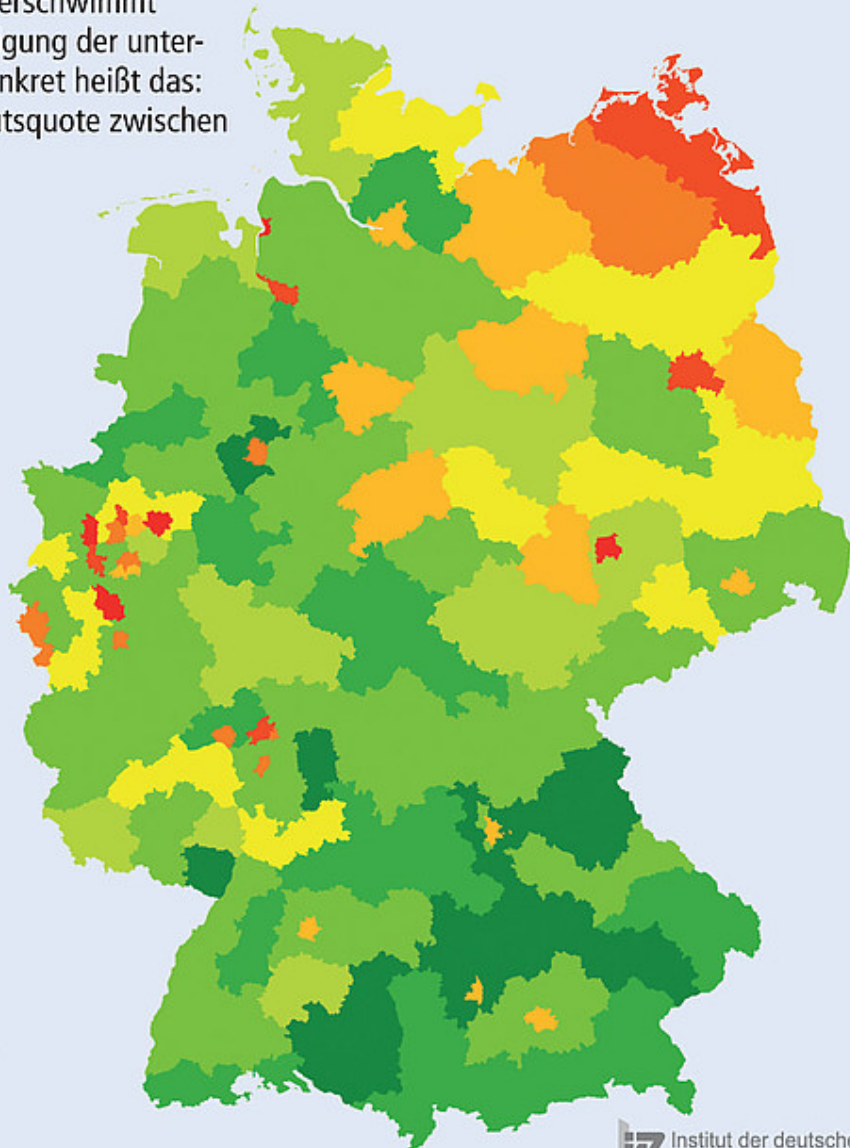
Regionale Armut nach Kaufkraft

Berücksichtigt man bei der Armutsschwelle die unterschiedlichen Preise, passt also den Schwellenwert an das Preisniveau in den einzelnen Regionen an, dann verändert sich die Armutsverteilung in Deutschland gravierend. Gibt es bei der relativen Einkommensarmut noch eine klare Grenze zwischen Westdeutschland und den neuen Ländern mit ihren auffallend hohen Einkommensarmutsquoten, verschwimmt diese Grenze bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Preisniveaus. Konkret heißt das: Die Unterschiede in der Armutsquote zwischen


Ost und West halbieren sich von 6 auf 3 Prozentpunkte. Besonders hohe Quoten von mehr als 20 Prozent gibt es in Ostdeutschland – neben Berlin und Leipzig – nur noch in Mecklenburg-Vorpommern. Dafür zählen aus der Kaufkraft-Perspektive mehr westdeutsche Regionen zu den Verlierern. Das liegt an der oft schwachen Kaufkraft in den Städten.

So viel Prozent der Bevölkerung in diesen Regionen erreichen maximal 60 Prozent der mittleren Kaufkraft

- $\geq 0,0 - < 10,0$
- $\geq 10,0 - < 12,0$
- $\geq 12,0 - < 14,0$
- $\geq 14,0 - < 16,0$
- $\geq 16,0 - < 18,0$
- $\geq 18,0 - < 20,0$
- $\geq 20,0 - < 22,0$
- $\geq 22,0 - < 24,0$
- $\geq 24,0 - < 30,0$



Ursprungsdaten: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 35

In Thüringen etwa haben die Regionen im Durchschnitt Einkommensarmutsquoten von 17

Prozent – nach der Preisbereinigung glänzt das Land mit der drittniedrigsten Quote (knapp 14 Prozent) aller 16 Bundesländer.

Im Gegensatz zur üblichen Armutsquote zeigt die preisbereinigte Quote ein starkes Gefälle zwischen Land und Stadt. Demnach sind in ländlichen Regionen durchschnittlich nur 14 Prozent der Bevölkerung kaufkraftarm, in Städten dagegen 22 Prozent. Köln hält mit mehr als 26 Prozent die rote Laterne vor Dortmund und dem Westteil Berlins. Selbst wirtschaftsstarke Städte sind betroffen – Frankfurt/Main und Düsseldorf zum Beispiel haben rund 23 Prozent kaufkraftarme Einwohner. Hinzu kommt:

Von 2006 bis 2012 sind die an der Kaufkraft gemessenen Armutsquoten in den Städten um 2,5 Prozentpunkte gestiegen – in den ländlichen Regionen sind sie nahezu stabil geblieben.

Was alle Regionen eint, ist der Kreis der Betroffenen: Kaufkraftarm sind deutschlandweit knapp die Hälfte der Personen, die in einem Haushalt mit mindestens einem Arbeitslosen leben, knapp ein Drittel der Alleinerziehenden sowie jeweils rund ein Viertel der Alleinstehenden und der Personen mit Migrationshintergrund. Dieses Schema erklärt auch den Großteil des Land-Stadt-Gefälles. Denn die Gruppen mit erhöhtem Armutsrisiko machen in den Städten fast zwei Drittel der Bevölkerung aus, auf dem Land aber weniger als die Hälfte.

Der Maßnahmenkatalog, mit dem sich Armutsrisiken und regionale Unterschiede reduzieren ließen, schreibt sich somit von allein: Es gilt, die Arbeitslosigkeit zu verringern, eine gute Kinderbetreuung zu organisieren sowie Nachschulungen und gezielte Sprachförderung für Migranten anzubieten.

Tatsächlich aber versucht es die Politik mit einer staatlich verordneten Lohnerhöhung – und schüttet das Kind mit dem Bade aus. Denn der bundesweite Mindestlohn von 8,50 Euro betrifft im Osten mit rund 22 Prozent fast doppelt so viele Beschäftigte wie im Westen. Damit ist die Gefahr groß, dass der Einheits-Mindestlohn gerade im Osten Arbeitsplätze kostet. Dann würde sich die Ost-West-Spaltung in Sachen Armut wieder vertiefen. Unter dem Aspekt der Kaufkraft hätte in Ostdeutschland auch ein

Mindestlohn von 7,90 Euro ausgereicht.

Das Betreuungsgeld setzt ebenfalls Fehlanreize, denn es mindert die Bereitschaft bildungsferner Mütter und Väter, ihre Kinder in eine qualifizierte Betreuung zu geben.

Die Regionalpolitik sollte nach dem Ende des Solidarpakts 2019 neue Schwerpunkte setzen. Wurden bislang vor allem die oft ländlichen Regionen in Ostdeutschland gefördert, rücken künftig eher Großstädte in den Fokus, in denen sich Strukturprobleme wie schrumpfende Altindustrien, bildungsferne Gruppen und hohe Migrantenteile ballen.

Zu den gesamten Materialien

Daten und Definitionen

Als einkommensarm oder armutsgefährdet gilt in Deutschland derzeit, wer weniger als 60 Prozent des sogenannten Medianeinkommens zur Verfügung hat – das ist jenes Einkommen, das von der einen Hälfte der Bevölkerung über- und von der anderen unterschritten wird. Die Abgrenzung für die in der IW-Berechnung verglichenen Regionen stammt von den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die Regionen bestehen überwiegend aus mehreren Kreisen und umfassen meist rund eine halbe Million Einwohner, teilweise sind es auch einzelne Großstädte. Die verwendeten Preisdaten stammen vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Kernaussagen in Kürze:

- Geht es nur nach den Einkommen, zeigen Deutschlands Armutsquoten ein starkes West-Ost-Gefälle.
- Doch sind die Preise in Großstädten um mehr als 6 Prozent höher als in ländlichen Gebieten und in Ostdeutschland um 7 Prozent niedriger als in Westdeutschland.
- Von 2006 bis 2012 sind die an der Kaufkraft gemessenen Armutsquoten in den Städten um 2,5 Prozentpunkte gestiegen – in den ländlichen Regionen sind sie nahezu stabil geblieben.